

Es gilt das gesprochene Wort!

Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck
Bischof von Essen

Katechese während der Soldatenwallfahrt 2015 nach Lourdes,
Samstag, 16. Mai 2015, 14:00 Uhr, Zeltlager

**„Frieden um der Gerechtigkeit willen“
70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945**

I.

Am 8. Mai 1945, am Ende von nahezu sechs Jahren Krieg, steht die bedingungslose Kapitulation des Nationalsozialistischen Deutschlands, das diesen Krieg entfesselt hatte. In Europa schweigen die Waffen. Deutschland und viele Teile Europas liegen in Trümmern, Millionen Menschen sind getötet, geschändet, auf der Flucht; unvorstellbares Leid ist geschehen und weiteres sollte noch folgen. Die äußeren Trümmer entsprechen den inneren Zerrüttungen nach diesem totalen Zusammenbruch. Schritt für Schritt wächst nach diesem Bruch eine neue, friedliche, demokratische und stabile Ordnung. Bedeutsam war dafür, dass wir Deutschen lernten, Schuld und Verantwortung für Millionen gefallener Soldaten, für getötete Zivilisten, verfolgte und geknechtete Menschen und vor allem für die unvorstellbaren Gräueltaten des Holocaust anzuerkennen und anzunehmen. Sie sind, bleiben und werden ein nicht verrückbarer Teil der politischen Identität unseres Landes und unserer Geschichte sein. Die Opfer und ihre Geschichte bleiben. Nicht umsonst gehört darum die Entwicklung der Europäischen Union und Europas auf eine Weise zu Deutschland, wie es bis zu jenem Zusammenbruch undenkbar gewesen ist und auch Folge des Zusammenbruchs bleibt.

Mich hat es immer schon nachdenklich gemacht, und bis heute bleibt es provozierend schmerzhaft, dass diese Schuld nicht einfach nur den politischen und militärischen Akteuren zuzuschreiben ist, sondern dass es auch viele Christen und uns, die Kirchen, gab, die durch ihr Tun, aber auch durch ihr Schweigen schuldig geworden sind. Unter den Christen und innerhalb der Kirchen geht der Riss zwischen Tätern und Opfern mitten hindurch. Wir wissen um mutige Zeugen, die von Anfang an der Barbarei und dem Unrecht widerstehen, denken wir an Dompropst Bernhard Lichtenberg aus Berlin oder an Dietrich Bonhoeffer, um nur zwei Namen zu nennen, die für unzählige stehen. Zugleich haben sich aber auch viele dem Unrecht nicht deutlich genug widersetzt, andere haben sogar an dem menschenverachtenden, ideologischen, verbrecherischen Tun der Nationalsozialisten, wie immer auch zu bewerten, mitgewirkt. Gut erinnere ich mich an die Rede des jüngst verstorbenen damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der vierzig Jahre nach Kriegsende, am 8. Mai 1985, im Deutschen Bundestag in Bonn vom 8. Mai 1945 als einem „Tag der Befreiung“ sprach. Ich war damals junger Student und erinnere mich an die lebhaften Diskussionen zwischen den Befürwortern dieser These und denen, die sie bestritten, sind Viele doch nach dem 8. Mai 1945 auch Opfer von Flucht, Vertreibung – wie auch der durch die politisch-militärische Konfrontation erzwungenen

deutschen Teilung geworden. Eben nicht alle Menschen in Deutschland und Europa waren in die Freiheit geführt. Neue Systeme von Unfreiheit, nicht vergleichbar mit dem Nationalsozialismus, aber doch sehr folgenreich, haben die Spur der Gewalt und des Unrechts, von 1933 bis 1945 ausgehend, weitergeschrieben.

Auch die Gründung der Bundeswehr und die Schaffung des sogenannten „Amtes Blank“ durch die Regierung von Bundeskanzler Adenauer gehören in die Bewältigung dieses Konflikts, der nach 1945 aufbricht und bis 1990 dauert; ebenso gilt dies für den Prozess der europäischen Einigung. Viele – gerade auch nach 1990 – haben an diesem Befriedungs- und Wohlstandsprozess teilnehmen können und tun es weiterhin, aber Gewalt und Krieg sind eben nicht überwunden. Denken wir an den Kosovo, Bosnien und so an den Balkan, an die Konflikte, die es immer noch in Nordirland gibt, wie aber besonders in diesen Zeiten an den Konflikt im Osten der Ukraine und auf der Krim und das Problem der Flucht und Flüchtlinge, nicht nur in Europa, sondern vor allem im Mittleren Osten, in Afrika und sonst wo.

In meiner Kaplanszeit von 1990 bis 1994 begegnete ich in Haltern am See im Gemeindeleben wie auch bei den Wallfahrten der Schlesier und Aussiedler auf dem nahe bei Haltern gelegenen „Anna-Berg“ den Traumata und Traumatisierungen von entwurzelt und geflohenen Menschen, die mich nicht nur an die Menschen meiner Kindheit in Marl erinnerten, wo viele von ihnen aufgenommen worden waren. Hier machte mich Vieles auf Not und Elend von Menschen aufmerksam, die mit einer Geschichte leben müssen, die für Viele von uns nicht mehr vorstellbar ist. Flüchtlinge brauchen einen Platz zum Überleben. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg so, das bleibt bis heute so. Wenn darum in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, im Nahen Osten, in Nordafrika, Staaten auseinanderbrechen, Menschenrechte und die Menschenwürde auf unvorstellbar furchtbare Weise missachtet werden, Mord, Folter, Gewalt, Vergewaltigung und Terror den Alltag bestimmen, viele Christen, Jesiden, viele Muslime und Andersgläubige Opfer religiöser Verfolgung werden, dann sind das nicht nur politische und militärische, sondern vor allem humanitäre, soziale wie religiös bestimmte Herausforderungen, die mahnen, ordnungspolitisch alles zu tun, um Frieden aus Gerechtigkeit heraus zu schaffen.

In der Nähe zum Gedenktag an den 8. Mai 1945, siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, nutze ich darum die heutige Katechese, um im sprichwörtlichen Sinne einer „Katechese“ in verschiedenen Schritten zu fragen, was die dieses Ereignis ermöglichende Entwicklung – wie auch ihre Folgen – für uns Christen und die Kirche und Sie, die Soldatinnen und Soldaten, bedeuten. „Katechese“ stammt vom griechischen Wort „kat-echein“ und bedeutet „entgegen tönen“. Was klassischer Weise auf den Glauben und die Botschaft des Evangeliums bezogen ist, die uns, den Suchenden und den Christen, die im Glauben vertieft leben wollen, entgegen tönt, gilt auch von der

Botschaft der Zeit, in der wir leben, die wir Christen nur im Verstehenshorizont unseres Glaubens deuten und mit den Mitteln der Vernunft begreifen können, um die Zeichen der jeweiligen Zeit zu erkennen und von daher die Herausforderung für heute zu beschreiben und zu bestimmen. Die Geschichte ist eine Abfolge der Zeichen der jeweiligen Zeit, in denen Gott zu uns spricht. Eine solche Einordnung provoziert uns Christen, diese Geschichte mit den normativen Urkunden unseres Glaubens, nämlich dem Evangelium, der gesamten Heiligen Schrift, mit der Tradition und mit ihrer Deutung durch das Lehramt in der Kirche zu verbinden. Was heißt das für Ihren Dienst als Soldatinnen und Soldaten und die kommende Zeit? Was tönt uns hier entgegen? So frage ich.

II.

Der 8. Mai 1945, seine Bedingungsmöglichkeiten wie auch seine Folgen, sind immer in einen Zusammenhang gebracht worden mit der Entstehung des Deutschen Reichs, mit dem Ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik und selbstredend mit der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933. Damit ist ein weiter geschichtlicher Bogen geschlagen. An ihn möchte ich deswegen erinnern, weil wir, auch in diesem Jahr des 200. Geburtstags von Otto von Bismarck gedenken, der am 1. April 1815 geboren wurde. Er ist derjenige, der als preußischer Ministerpräsident und später als erster deutscher Reichskanzler, eine politische Größe geformt hat, die wir als das Deutsche Reich kennen. Als Bismarck geboren wird, gibt es in Deutschland 39 souveräne Staaten und Städte, die sich lose und locker im Deutschen Bund verbunden hatten. Das gesamte 19. Jahrhundert ist eine Zeit nicht nur großer politischer Umbrüche, sondern auch von Kreativität und Kraft. Denken wir nur an die Entwicklung der Industrie, wie ich sie als Ruhrbischof mit dem Jahr 1811 verbinden möchte, in dem Friedrich Krupp in Essen sein erstes Werk und damit den Siegeszug von Kohle und Stahl im dann entstehenden Ruhrgebiet begründet. Die Modernität des 19. Jahrhunderts, nicht nur in der Literatur, in der Musik und in der bildenden Kunst, sondern eben gerade auch in Industrie und Politik, gehört ebenso erinnert wie das schwierige Erbe eines Militarismus, den Deutschland lange gebraucht hat zu überwinden und der sich für viele im preußisch geprägten Reich symbolisiert. All dies hat mit Otto von Bismarck zu tun, vor allem aber mit seiner Art, das Deutsche Reich zu begründen, wie er es mit seinen Institutionen im Jahre 1866 entworfen hat, z. B. vom Amt des Kanzlers bis hin zum Bundesrat. Heute leben wir in Deutschland in einem Sozialstaat, dessen Grundstein von Bismarck gelegt hat. Das Ringen um Stabilität und ständige Ordnung, immer ein Phänomen nach großen Umwälzungen und dramatischen Veränderungen, gehört in diese Zeit. Natürlich auch das kriegstreiberische Tun von Otto von Bismarck und die Opfer, die dies für viele Menschen im dann sich gründenden Deutschen Reich und für seine Nachbarn nach sich zieht. In dem allem bleibt Otto von Bismarck aber einer, der Kontrolle, Mäßigung, Stabilität, Ordnung und Ausgleich, innenpolitische wie außenpolitische Beruhigung – denken wir z. B. an die Sozialgesetzgebung und an viele bündnispolitische Entscheidungen – vorantreibt.¹

¹ Z. G. vgl.: Schäuble, Wolfgang, „Politik ist die Lehre vom Möglichen“, in: FAZ vom 7.4.2015, Nr. 80, S. 7.

Dieses Bemühen um eine neue Ordnung und um das Leben in ungeheueren Dynamiken gehört zum redlichen Bedenken dessen, was der 8. Mai 1945 in seinen Gründen und Folgen zum einen auf schicksalhafte Weise beschreibt und zu Recht als Tag der Befreiung beschrieben, aber zum anderen auch als Ende der alten Ordnung des Westfälischen Friedens und der Ordnung Europas durch Napoleon ausdrückt. Heute stehen wir, wie im 19. Jahrhundert bereits erprobt, an einer Schwelle Europas in eine neue Zeit mit einer transnationalen Ordnung, die wir in der Welt des 21. Jahrhunderts erst recht brauchen. Mit einem neudeutschen Begriff wird dies als „transnationale Governance“ bezeichnet. In der heutigen Welt der Wissenschaft, der Technik, der Globalisierung und Kommunikationen, der Fortsetzungen dieser Dynamiken, die das Deutschland und Europa des Handwerks und der Landwirtschaft wie der anfänglichen Industrialisierung in die Welt gewaltiger Veränderungen, Erweiterungen und Erfindungen unserer postmodernen Welt getrieben hat, verdunkelt durch die Verwüstungen und Verbrechen des Jahrhunderts der Extreme, zeigt sich uns Folgendes: Wir bleiben politisch – und damit militärisch – aufgerufen zu einem Bemühen um eine neue Ordnung, deren notwendige Komplexitätsreduktion nicht einfach dem psychologischen Faktum der Überforderung geschuldet ist, sondern der Ermöglichung von Ordnungsprozessen für viele Menschen, gerade auch jenseits von Europa, die zu uns drängen – bedenken wir nur die Flüchtlingsproblematik und die Auseinandersetzungen im Mittleren Osten. Um welche Ordnungsprozesse geht es mir?

Der wichtigste Prozess betrifft die Verhältnisbestimmung von Moral und Realismus. Ich betone dies, gerade hinsichtlich der Ereignisse, die uns heute in der Ukraine und mit der Besetzung der Krim beschäftigen und deren Auswirkungen keiner unterschätzen sollte. Bald nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit, am 3. Oktober 1990, findet am 21. November 1990 in Paris eine Konferenz statt, auf der die europäischen Staaten eine Charta unterzeichnen, in der sie die Demokratie als einzige Regierungsform der Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken versprechen und die friedliche Beilegung von Streitfällen betonen. Was schon mit der Schlussakte von Helsinki 1975 begann, ist dort fortgesetzt worden. Die zweite Nach-Weltkriegszeit des 20. Jahrhunderts steht damals vor uns. Das Jahr 2014 aber – mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim – macht die Gültigkeit dieser Prinzipien nicht nur fraglich. Das Geschehene bedeutet mehr. Wie kann man moralisch und auf der Grundlage der heutigen konfliktiven Wirklichkeit die Europäische Union zusammenhalten und auch das Atlantische Bündnis sichern, was für die Bundeswehr und die Soldatinnen und Soldaten nicht nur Existenz sichernd, sondern auch von ihrem Selbstverständnis her von größter Bedeutung ist. Hier geht es um die Verhältnisbestimmung von Moral und Wirklichkeit. Moralisch geboten ist sicherlich, mit Russland die Politik der konstruktiven Zusammenarbeit auf allen Feldern – wo es möglich ist – fortzuführen, aber zugleich auch dafür einzutreten, dass all die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der deutsch-sowjetischen Doppelaggression im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts nie wieder zu Opfern werden dürfen, nämlich die ost-mitteleuropäischen Nachbarn und vor allem Polen

und die baltischen Republiken. Die Hegemonie eines Landes darf es nie mehr geben; dies ist eine Lehre, die wir aus dem 8. Mai 1945 ziehen und die zum Selbstverständnis auch des Soldatischen gehören muss. Die Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt, für die das Datum des 8. Mai 1945 steht, zieht darum genau diese Frage nach der Verhältnisbestimmung von Moral und Wirklichkeit nach sich.

In diesem Sinne kann ich nun wieder auf Otto von Bismarck zu sprechen kommen und an jenes Bild – das auch meinen Geschichtsunterricht in den 1970er Jahren kennzeichnete – erinnern, als nämlich dessen Europapolitik als ein berühmtes „Spiel mit Kugeln“ oder als ein „Jonglieren mit Bällen“ beschrieben wurde, die anderen Staaten Europas als Steine auf dem europäischen Schachbrett gesehen und das Ganze verstanden wie ein europäisches Kartenspiel. All diese Bilder passen heute nicht mehr. Europa funktioniert so nicht und Otto von Bismarcks europäische Welt der souveränen Staaten, der Bündnisse und Koalitionen ist nicht mehr die unsere. Es gibt keine einfache deutsche Politik mehr, sondern nur noch eine europäische. Wir können in Europa alle nur gemeinsam etwas erreichen, keiner einzeln, und dies hat – so meine Überzeugung – auch mit dem zu tun, was wesentlich zu Europa gehört, es aber nicht zur Gänze ausmacht, nämlich mit dem Christentum und seinen Werten. Wenn wir den Dienst der Soldaten, eingebettet in Europa und in den Rahmen des atlantischen Bündnisses verstehen, heißt dies konkret, ihn in einer Beziehung von Moral und Wirklichkeit auf der Grundlage von Werten und werthaltigen Haltungen zu beschreiben, von denen ich an dieser Stelle lediglich zwei benenne, nämlich Menschenrechte / Menschenwürde und Toleranz.

Das Konzept der Menschenrechte auf Grund der unbedingten Menschenwürde jedes einzelnen ist in seiner Reflektionsgeschichte und seinem Gewordensein Ausdruck christlichen Glaubens und kirchlichen Lebens, wenn auch sehr schwer errungen, gerade auch in der Auseinandersetzung mit der kirchlichen Lehre. Was das II. Vatikanische Konzil deshalb für uns Katholiken bedeutet, ist von größter Bedeutsamkeit angesichts der Bestimmung der Religionsfreiheit als Wesensmerkmal eines jeden Menschen, weil jeder dieses Recht auf Bestimmung seiner selbst und seiner Würde besitzt. Einher geht damit der Wert der Toleranz, der nicht Gleichmacherei bedeutet, sondern Anerkennung des anderen als anderen auf Grund der Menschenrechte und der Menschenwürde. Stabilität hat immer mit Toleranz zu tun, um – gerade in einer komplexen Welt – verlässliche Perspektiven für das Zusammenleben mit allen zu generieren. Die Verteidigung der Freiheit unter den Maßgaben der Gerechtigkeit dient so der Verteidigung der Werte der Menschenrechte, Menschenwürde und der Toleranz. Das macht die moralische Grundlage aus, die uns hilft, den Herausforderungen unserer komplexen Wirklichkeit, in der u. a. die Bundeswehr, wie aber auch die Wirtschaft und die Politik, die gesamte Gesellschaft heute stehen, zu begegnen.

Daraus sind mit Blick auf den Ukraine-Konflikt und die Annektion der Krim besondere Konsequenzen zu ziehen, dass es nämlich eine besondere Nähe zu Russland nur geben kann, wenn und solange Russland diese Werte teilt. Hier ist die Probe auf das Exempel des Verhältnisses von Moral und Realität, Realismus und Wirklichkeit zu machen. Wie das Verhältnis genau zu gestalten ist, ist Aufgabe der Politik und hat Auswirkungen auf jede Form von Intervention, welcher Art auch immer. Dies gilt in einem abgeleiteten Sinne auch für den Einsatz in anderen Ländern, um Frieden durch mehr Gerechtigkeit befördern zu helfen. Nicht umsonst war, und hier komme ich noch einmal auf Otto von Bismarck zurück, dieser unter gänzlich anderen Bedingungen an einer Stabilisierung und Stabilität in Europa interessiert. Es muss eben oft in einem mühevollen Weg des Konsenses und des Kompromisses weitergehen, also – im besten Sinne des Wortes – „pragmatisch“, mit Ruhe und Schritt für Schritt, korrigierbar und flexibel, aber so, dass es genau den beschriebenen Werten und dem dabei zu verantwortenden Verhältnis von Moral und Wirklichkeit dient. Darum können wir aus der Betrachtung der Geschichte, wie ich sie gerade angeschnitten habe, für die Bewältigung der Gegenwart lernen, macht doch die Geschichte selbst sensibel, nicht nur für Konstellationen der Vergangenheit, sondern auch für solche der Gegenwart und ihre Deutung, geht es doch um geschichtliche Prägung von Akteuren, um psychologische Konstanten, um politisches Handeln und Kontinuitäten in den Konstellationen von Staaten, Nationen, Menschen und Beziehungen.

Das ist das erste dieser eher ungewöhnlichen Katechese. Es tönt uns aus der Vergangenheit des 8. Mai 1945 und seiner tragischen wie desaströsen Ermöglichung und Folgen die Frage nach der Beziehung zwischen Moral und Wirklichkeit entgegen, damit die Frage nach der Bedeutung von Werten, wie diese sich auf unseren christlichen Glauben gründen und von uns heute gelebt werden.

III.

Als Bischof von Essen und sogenannter „Ruhrbischof“ sehe ich jeden Tag, wenn ich auf den Burgplatz vor unserem Haus trete, ein Denkmal von Kaiser Wilhelm I., historisch aufgestellt direkt auf dem Platz vor unserem heutigen Essener Bischofshaus, auf einem Pferd sitzend, gen Westen reitend, um das Selbstverständnis Preußens und Deutschlands zu verdeutlichen, dass es ab 1870 gen Frankreich ginge. Dieses Denken ist – Gott sei Dank – überwunden und hat sich in ein kreatives neues Miteinander umgeformt, das durchaus auch an einigen Stellen konfliktreich sein darf. Hinter diesem Denkmal steht mehr, nämlich zugleich die industrielle Revolution und die soziale Revolution fast aller Gesellschaftsgefüge, hat doch gerade die Zeit von Otto von Bismarck Neuerungen und Veränderungen vollzogen, die uns bis heute prägen. Denken wir an die Rechtskodifikationen von Handels- und Prozessrecht, die bis heute grundlegend Geltung haben, an den Sozialstaat mit den Sozialversicherungen, die großen Erfolge und die Weltgeltung von größten Unternehmen, die gerade in unserem Bistum Essen bis heute struktur- und bewusstseinsbildende Bedeutung ungeahnten Ausmaßes haben. Dafür stehen Namen wie Krupp, BASF, der Kohlebergbau und die Stahlindustrie, aber auch –

auf Deutschland ausgeweitet – Siemens, Bosch, Bayer, die Allianz, Daimler-Benz, also eine Industriegesellschaft, zu der ebenso auch die Verbände, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und ihre Vertretung gehören, das Streikrecht und seine Folgen, die wir noch heute, gerade in den letzten Tagen und Wochen, lebendig erfahren haben. In diese Zeit gehört aber auch die Klärung des Verhältnisses von Staat und Kirche, von der Bestimmung der staatlichen Schulaufsicht bis zur Zivilehe, hier hat das Parteienleben mit dem damaligen Reichstag, dem heutigen Bundestag, mit seiner stetigen Gesetzgebungstätigkeit und seinem Gewicht im Verfassungsgefüge seinen Platz. Die damalige Zeit war ebenso die Zeit der atemberaubenden Entwicklungen in der Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft, der Medizin und Chemie, und zudem der großen Aufbrüche in Kunst, Musik und Literatur. Heute erleben wir ähnliche Entwicklungen, die uns die gleichen Themen bescheren, aber neue Antworten benötigen. Die Probleme unserer Zeit haben wir heute zu lösen, wie z. B. eine moderne Sozialgesetzgebung um der Gerechtigkeit willen zu verfassen ist, die Gewinner, aber auch Verlierer kennt, die weiß, dass mit dem Gleichheitsgrundsatz allein ein Bildungs- und Schulsystem nicht erfolgreich geführt werden kann, die sich zudem nicht nur europäischen, sondern im Weltmaßstab geltenden Konkurrenzen zu stellen hat. Sie gilt im Blick auf die Frage des Miteinanders der europäischen Staaten, wofür heute – in vielfacher Weise – Griechenland nicht nur symbolisch, sondern ganz real steht.

In alledem ist der Auftrag der Bundeswehr zu bestimmen, von der Verfassung her ein Auftrag vor allem der Landesverteidigung, der sich aber mit der Zustimmung aller Verfassungsorgane seit Zeiten international ausgedehnt hat. Ich bin dabei wiederum nachdenklich geworden, weil ich angesichts des Jubiläums von Otto von Bismarck Bemerkungen las, die sich mit dem Politikstil von Bismarck beschäftigten und Vergleiche zu dem von Helmut Kohl und Angela Merkel zogen. Allen drei wird vorgeworfen, dass sie die Menschen entpolitisierten, also Bürger eigentlich ohne jeden politischen Willen wollten, gewohnt, dass der oder die an der Spitze die Politik schon „besorgen“ würden. Das gelte für Bismarck, das sage man von Helmut Kohl und seinem Regierungsstil, der den Menschen die innere Beteiligung am politischen Leben förmlich ausgetrieben habe, das gelte mit dem berühmten Wort von der sogenannten „Alternativlosigkeit“ von der derzeitigen Bundeskanzlerin. Mich macht das nachdenklich, weil ich nämlich nicht weiß, wie man politische Erziehung messen soll, wie den politischen Willen eines Volkes. Ob hinter diesem Vorwurf nicht eher ein Missfallen darüber steht, den mehrheitlichen politischen Willen nicht zu teilen und dahinter eine zu idealistische und auch ziemlich unrealistische Vorstellung von einer Gesellschaft aus lauter ständig debattierenden Hobby-Politikern zu kultivieren. Es mag sein, dass noch etwas hinzu kommt, was gerade die Generation derer betrifft, die mit großen politischen Idealen in den 1960er und 1970er Jahren aufgebrochen, aber desillusioniert worden sind, dass nämlich Politik die Lehre vom Möglichen ist, besser noch die Kunst des Möglichen. Es gibt noch zu Viele, die ignorieren, dass die Politik nicht das dem Menschen oder einer Zeit Unmögliche zu erreichen versuchen kann und darf, sondern sich bewusst sein muss, dass

alle Strategien und Planungen in einem gewissen Sinne unzulänglich bleiben. In der Politik – das gilt sowohl für staatliche als auch für kirchliche und sicherlich auch für militärische Politik – passieren immer Dinge, die man sich nicht hat vorstellen können. Das macht die ganze Sache so unplanbar, aber zugleich auch faszinierend, weil die Welt so komplex und kompliziert ist und es eine Vielfalt legitimer Interessen gibt, die sich durchaus widersprechen. Darum ist Politik, die dem Frieden dient und die Instrumente der Gerechtigkeit dafür nutzt, immer eine, die die Lehre vom Möglichen und die Kunst des Möglichen bedenken muss und die neuen Situationen für den richtigen Weg oft mehr ahnen kann, als zu kennen und zu wissen vermag. Ganz nüchtern hinzugefügt, braucht es übrigens dafür fähige Leute, die in der Gegenwart leben, die wertebestimmt und zu handeln bereit sind. Das jeweils Mögliche bestimmt sich aus dem Jetzt und Heute.

Nach den Entwicklungen, die vom 8. Mai 1945 ausgehend Ungeahntes ermöglicht haben, leben wir heute in einer komplexen Welt, die in allen Bereichen, bis hin in die Auswirkungen auf die Verteidigungspolitik, zeigt: Es geht um die Kunst und die Lehre des Möglichen, die unter dem Gericht von Werten steht, die die Beziehung von Moral und Wirklichkeit bestimmen, zugleich unbedingt verpflichtet, unter allen Umständen die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen und dessen Rechte zu achten und zu wahren.

Dies ist die nächste Perspektive meiner Katechese für heute, nämlich den Auftrag der Politik in allen Dimensionen als eine Kunst und als eine Lehre vom Möglichen zu verstehen, die sich den Werten der Menschenrechte, der Menschenwürde, der Toleranz unbedingt verpflichtet. Noch einmal anderes ausgedrückt und in den ethischen Begriffen einer Sicherheitspolitik gesagt, die die Bundeswehr bindet: Es geht um eine ganz weit gefasste „Responsibility to protect“, also eine Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft, die z. B. das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“, besser wörtlich „Du sollst nicht morden“, um des Schutzes der Menschenrechte ergänzt durch „Du sollst nicht morden lassen“. Hier ist die Politik als Lehre vom Möglichen, also eine im Besten des Wortes verstandene „Realpolitik“, konkret ausgeführt als „Politik der Schutzverantwortung“ für die Würde und Werte des Menschen, die verantwortliches Handeln in der Gegenwart möglich macht, die sich nichts nehmen lassen darf durch die Betrachtung der eigenen Geschichte, aber auch politische Entscheidungen nicht überhöhen darf, indem man sie als die jeweils einzige richtige Lehre aus der deutschen Vergangenheit ausgibt, hat also zu tun mit einem aufgeklärten Patriotismus, eingebunden in die Weltgemeinschaft und eine klare Wertegemeinschaft.

Genau so wird erkenn- und deutbar, welche Schuld durch das nationalsozialistische Deutschland und welche Verantwortung auf uns gekommen ist, indem wir dem Urteil ehemaliger Kriegsgegner rückblickend zugestimmt haben. Es muss eben zu uns gehören, sich der einzigartigen Monstrosität des Holocaust, der Ermordung der Sinti und Roma, von zehntausend geistig behinderten Menschen sowie

zahlloser Homosexueller und der Verantwortung für schrecklichste Kriegsverbrechen in den von Deutschland besetzten und ausgebeuteten Ländern Europas zu stellen, um nicht nur den Erkenntnisgewinn der Französischen Revolution nach der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen, sondern auch die Verantwortung für die Gestaltung der Welt von heute und morgen zu übernehmen. Ich sage dies auch besonders eingedenk der Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, die das ihnen widerfahrene Leid als Folge der deutschen Gewaltpolitik zu begreifen und sich mit dem Verlust ihrer Heimat abzufinden hatten. Gefühlsmäßig ist dies kaum bis gar nicht möglich, vernunftgemäß ein mühevoller Weg, wie Viele wissen. Nur so aber konnte Deutschland seine Einheit 1990 wiedergewinnen, weil es glaubwürdig eben mit diesen Teilen der politischen Tradition gebrochen hatte, die der Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie westlicher Prägung entgegenstanden. Damit ist unsere deutsche Auseinandersetzung mit diesem Phänomen nicht abgeschlossen, zeigt aber, was es im Besten des Wortes bedeutet, Politik als „Lehre und Kunst des Möglichen“ zu begreifen.² Einen persönlichen Zugang zum Verständnis einer so widerspruchsvollen Geschichte wird darum jeder noch einmal für sich suchen müssen, aber die Aneignung dieser Geschichte muss eben auch die Bereitschaft mit sich bringen, die dunklen Seiten der Vergangenheit einzuschließen, sich eben der Geschichte im Ganzen bewusst zu werden, was nicht mit persönlicher Verantwortungsübernahme zu verwechseln ist, sondern mit der Bereitschaft, aus Werten zu leben, die den Gewinn der Auseinandersetzung mit der Aufklärung, gerade auch für uns Christen, in der Betonung der Religionsfreiheit, der Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde jedes Menschen sowie der Toleranz formuliert.

IV.

Von hierher möchte ich nun abschließend auf das moralische Handeln der Soldatinnen und Soldaten zu sprechen kommen. Moralisches Ansehen ist nämlich für die Bundeswehr hoch bedeutsam und nicht zu ersetzen. Anders als die Zeiten vor dem 8. Mai 1945 es uns gezeigt haben, ist – und dafür steht auch gerade die Militärseelsorge als Kirche unter den Soldaten ein – die Bildung einer moralischen Urteilsfähigkeit absolut notwendig. Es darf Soldaten nicht der Mangel an moralischer Urteilsfähigkeit zum Vorwurf gemacht werden. Darum beinhalten die oben beschriebenen Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis von Moral und Wirklichkeit, mit der Frage nach Werten in einer Politik als der Lehre und der Kunst des Möglichen, die Einladung, zugleich eine lebendige und kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart zu führen, um Orientierungen zu entwickeln, die aus einem klar definierten Halt stammen und so Handlungen inspirieren, motivieren und strukturieren.

Wichtig ist es mir, dabei auf die Erinnerungskultur zu sprechen zu kommen, die zur Bundeswehr gehört. Denken wir nur an den „Wald der Erinnerung“, der in Potsdam entstanden ist. Hier geht es um ein

² Vgl. Winkler, Heinrich August, „Es gibt keine tiefere Zäsur“, Rede bei der Gedenkstunde im Bundestag am 8. Mai 2015, in: FAZ vom 9.5.2015, Nr. 107, S. 4.

moralisch wertvolles Gedenken an die gefallenen Soldaten und somit an die Opfer von Gewalt, denn Gewalt ist immer ein Übel und nur aus Gründen der Selbstverteidigung oder der „ultima ratio“ zur Vermeidung größeren Übels rechtfertigbar. Neben den menschlichen und religiösen Perspektiven, die jede Erinnerung nach sich zieht, geht es hier vor allem um Freiheit. Das Christentum ist auch unter einer solchen Rücksicht positiv lesbar. Es ist die Religion der Rückgebundenheit des Menschen an seine Freiheit, die aber einen konkreten Namen trägt, nämlich Liebe. Freiheit um ihrer selbst willen kann terroristisch werden. Freiheit, an Werte gebunden, bedeutet für den Christen, sich am Tun und Handeln Jesu, d. h. eben Gottes für uns Menschen, auszurichten. Dies ist ein Tun der Liebe. Von daher ergeben sich Auseinandersetzungen ob des Begriffes der Freiheit, die zu verteidigen oder zu ermöglichen ein Auftrag u. a. der Bundeswehr ist. Dem Schutz solcher Freiheit dienen zu wollen, braucht neben allen staatsbürgerlichen Entscheidungen auch die persönlich menschliche. Äußere Verhältnisse sind dabei wichtig, reichen aber nicht aus. Es braucht die innere Verpflichtung, nicht nur frei sein zu wollen von allen möglichen Behinderungen, sondern auch frei zu sein für die Pflicht zur und die Verantwortung für die Freiheit. Die Menschenrechte und Menschenwürde zu schützen und darum Schutzverantwortung, Präventionsverantwortung wie auch Verantwortung für die Folgen des Getanen zu übernehmen, gelingt dem, der frei und bereit ist, für diese Freiheit auch einen Preis zu bezahlen, nämlich den Preis des Einsatzes für konkrete Menschen und das Weltgemeinwohl. Dies füge ich an, weil es keine Auseinandersetzung mehr gibt, die nicht Folgen im Weltmaßstab hat. Auch deswegen, weil Freiheit und der Einsatz für Freiheit immer im Keim die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in sich tragen. Von wem sind wir Christen denn letztlich mehr beseelt, als von dieser Hoffnung auf eine Zukunft, deren größte Freiheit darin besteht, mit und in Gott zu leben? Hierin wurzelt im Letzten unsere Erinnerungskultur, die ins Heute reicht und mit dem Glauben zu tun hat.

Dies bedeutet aber, dieser Freiheit um dieses Glaubens willen eine Gestalt zu geben. Wer dabei dem Beispiel Jesu folgt und lieber selber Gewalt ertragen, als anderen Menschen Gewalt zufügen will, erbringt ein wichtiges „Werk der Übergebühr“, das hohen Respekt verdient und zum Martyrium führen kann. Es gibt aber keine unbedingte Verpflichtung zu einem solchen Gewaltverzicht, denn erlittene, unrechtmäßige Gewalt muss keiner hinnehmen. Das Recht zur Selbstverteidigung kann zur Pflicht werden, vor allem, wenn es um schwere Bedrohungssituationen für andere Menschen geht, die schutzlos einem Gewalttäter ausgeliefert sind. Hier schließen sich konkret jene Konsequenzen an, z. B. konkret gegenüber der terroristisch mordenden Gewalt der IS im Irak. Schutzverantwortung durch Gewalt ist im Sinne einer „ultima ratio“ möglich, hin und wieder sogar geboten, wenn es gewaltärmere Mittel nicht gibt. Es müssen aber die Verhältnismäßigkeit dieser militärischen Mittel gegeben bleiben und Erfolgsaussichten bestehen. Darum ist eine Schutzverantwortung im Falle schwerster Menschenrechtsverletzungen geboten. Dies alles dient der Freiheit. Nachdenklich macht mich aber, dass dabei Fragen internationaler Gerechtigkeit oftmals nur insofern betrachtet werden, als diese den eigenen Interessen nicht entgegenstehen. Wie in einem demokratischen Rechtsstaat aber, in

dem das friedliche Aushandeln des Interessenausgleichs auf der Basis einer Rechtsordnung unter Bürgern möglich ist, muss dies auch auf der internationalen Ebene der Politik geschehen können. Sonst ist eine Anarchie zwischen Staaten nicht zu beenden. Was dies auf Dauer, z. B. für die um der Freiheit willen notwendige neue Formulierung der Souveränität von Staaten bedeutet, gerade auch hinsichtlich der faktischen Kooperationen auf der Ebene des Militärs, ist eine der spannenden Herausforderungen unserer Tage. Wir stehen mittendrin. Ziel und Grundlage dessen ist jene Freiheit, die mit der Werteordnung der Menschenrechte und der Menschenwürde verbunden sind. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass es gerade auch in Deutschland nicht Wenige gibt, die immer wieder einen moralisch hoch stehenden persönlichen Pazifismus einfordern und diesen auch gerne zu einem generellen Gesetz machen wollen. Angesichts der nach wie vor wirksamen Macht des Bösen in der Welt, bin ich der Überzeugung, dass es eine Verpflichtung zu einer Schutzverantwortung für andere Menschen gibt, die einen strikten, auch politisch durchsetzbaren Pazifismus nicht zulassen kann.

Schließlich ein Letztes: Freiheit kostet immer ihren Preis. Gerade im Afghanistan-Einsatz hat es mich immer sehr bewegt, um die Hinterbliebenen unserer gefallenen Soldaten wie auch um unsere Verwundeten und ihre Angehörigen zu wissen und an die Folgen zu denken. Sprichwörtlich sind diese schweren Schicksalsschläge herzerreißend. Wer den Begriff der Freiheit aus der unbedingten Liebe Gottes zu den Menschen heraus zu verstehen versucht, der endet dann nicht bei der Verzweiflung, wohl aber bei einer Verbundenheit mit den Gefallenen, die wir bei Gott vollendet hoffen und glauben, wie bei den Hinterbliebenen der Gefallenen, bei den Verwundeten und ihren Angehörigen und den Soldatinnen und Soldaten mit ihrer Verantwortung. Hier greift das Ethos des Christentums noch einmal besonders, weil Freiheit ihren Preis kostet auf Grund der Faktizität des Bösen und seiner Folgen, die sich übrigens durch keine noch so friedliebende Konstellation von Macht auf Dauer wird auflösen lassen können. Die Spannung bleibt, aber die Liebe öffnet.

So bleibt – am Schluss – eine dritte Frage aus einer eher ungewöhnlichen Form der Katechese, die sich der Freiheit als Wert für eine Gesellschaft und politische Ordnung annimmt und sich zugleich als persönlichster Ruf des Menschen an und in sein Eigenes begreift. Für die Vernunft ist diese Freiheit, so meine Überzeugung, das letzte Wort, das sie bei vollem Verstand sprechen kann. Der Glaube, vor allem unser christlicher Glaube, kann dem aus vollster Überzeugung das Wort von der Liebe hinzufügen, so dass der 8. Mai 1945 mit all seinen Voraussetzungen und all seinen Folgen als Tag der Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor siebzig Jahren die Frage nach der Freiheit und der Verantwortung für und vor der Freiheit des anderen hervorbringt und zugleich eine christlich gefärbte Antwort für diejenigen unter uns provoziert, die Christen sind und die nicht anders können, als den Begriff der Freiheit mit dem der Liebe und damit mit Gott zu verbinden. Dass sich daraus der unbedingte Schutz der Menschenrechte, der Menschenwürde und die Haltung der Toleranz ergeben, klärt die Ziele für die zu übernehmende Verantwortung und ihre Folgen.